

Nummer: R 5.5.

1 **3. Tagung des 1. Landesparteitages DIE LINKE. Thüringen**
2 **Arnstadt, 27. 3. 2009**

3
4
5 Einreicher: Detlef Kraus Bad Frankenhausen
6 Magnus Killinger Gotha

7
8 **Änderungsantrag zum Regierungsprogramm Zeile 1279 bis 1301**
9

10
11 Wir schlagen vor, die Aussagen von Zeile 1279 bis 1301 zu ersetzen durch die klareren und
12 verständlicheren Formulierungen aus dem Landesprogramm 2020 (Seite 42) zu übernehmen und dann
13 so zusammenzufassen:

14
15 *TEXT NEU:*

16
17 *Wirkliche Demokratie funktioniert nur wenn die Bürgerinnen und Bürger in die wichtigsten*
18 *gesellschaftlichen Sachentscheidungen direkt mit eingebunden werden!*
19 *Darum wird das Verhältnis von Parlamentarismus und direkter Demokratie von uns Linken neu bestimmt.*
20 *Das politische Schweizer Modell kann uns dabei zum Teil als Vorbild dienen.*
21 *Auf allen Ebenen des Landes werden direktdemokratische, politische Beteiligungsformen gestärkt und*
22 *eingeführt.*

23
24 *Das Recht auf Volksbegehren und Volksabstimmungen wird in der Landesverfassung verankert.*

25
26 *Zudem werden in zentralen Fragen des Regierungshandelns Volksabstimmungen und Volksbefragungen*
27 *durchgeführt.*

28 *In diesem Sinne sind Demokratie und Bürgerengagement auch Bestandteil im Kampf gegen*
29 *Rechtsextremismus und Neofaschismus.*

30 *Bürgerentscheide werden in Einwohnerentscheide, an denen sich auch junge Menschen ab 14 Jahren*
31 *und Migrant*innen beteiligen dürfen, umgewandelt.“*

32
33
34 *Begründung:*

35 In der Bevölkerung ist ein allgemeines, tiefes Misstrauen gegen Politiker und Politik ausgeprägt.
36 Dieses Misstrauen ist zum Teil berechtigt.

37
38 Wir aber brauchen das Vertrauen der Bürger um mittels guter Wahlergebnisse in
39 Regierungsverantwortung zu gelangen und so linke Ziele im Sinne der Gesellschaft umzusetzen.
40 Um das verbreitete Misstrauen gegenüber den Politikern für unsere Partei möglichst weitgehend
41 abzubauen ist es sinnvoll unser Vorhaben „Mehr Demokratie“ offensiv und wahlwirksam zu
42 präsentieren.

43
44 Die erfolgreiche Unterschriftensammlung gegen die „CDU Familienoffensive“ und unsere
45 Bemühungen im Rahmen der Initiative „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ haben die Wähler
46 für das Thema Basisdemokratie sensibilisiert und aufgeschlossen gemacht.
47 Das sollte optimal im Wahlkampf genutzt werden!

48
49 Im Regierungsprogramm-Entwurf steht in Zeile 1290 – 1292 folgendes: „Mit ihrem Engagement in
50 zahlreichen Bürgerinitiativen beweisen die Thüringerinnen und Thüringer wie wichtig ihnen
51 demokratische Teilhabe ist. Sie stärken so die Repräsentative Demokratie.“

52 Diese Formulierung ist falsch bzw. missverständlich!

53 Wir wollen ja gerade durch die unmittelbare Beteiligung der Wähler, auch und besonders an wichtigen
54 Sachentscheidungen, die „unbegrenzten Repräsentierungsmöglichkeiten“ der Schröders und
55 Clements, zwischen den Wahlen, begrenzen. Vertrauen bildend begrenzt dies unsere
56 Regierungsmacht, nach eventuellem Wahlsieg, natürlich auch.
57

58 Mit der Festlegung auf den Wähler als „Seniorpartner“, im unmittelbaren Regierungshandeln, weisen
59 wir zu Recht alle Anwürfe der neoliberalen Seite, unsere politische Vergangenheit betreffend, von uns.
60 Wir haben aus dieser Vergangenheit gelernt und allein darauf kommt es bei der Gestaltung der
61 Zukunft an!